

ALiNa

Altonaer
Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 15 · Winter/Frühling 2018/2019



Im Heft:

- Der braune Sumpf der AFD
- Grenzen des Kapitalismus - was er kann und was nicht
- Impressionen einer Delegationsreise nach Rojava Anfang Juni 2018
- Frauen: Das Zuhause ist der gefährlichste Ort einer Frau
- Den Frauen eine Stimme - 100 Jahre Frauenwahlrecht

beigeheftet:
Broschüre der
Linksfraktion Altona

DIE
Fraktion i
Hamburgis

DER BRAUNE SUMPF DER AFD

Nach der Bundestagswahl im September 2017 tönnte der AfD-Kreisverband Salzgitter: „Die AfD hat erfolgreich den Bundestag gestürmt. (...) Die nächste Phase im Krieg gegen dieses widerwärtigste System das je auf deutschem Boden existierte nimmt nun ihren Anfang. (...) das Ende der Linken und dieses antideutschen Systems ist gekommen.“ (1) Als widerwärtigstes System wird weder das imperialistische Kaiserreich bis 1918 noch das faschistische Regime von 1933 bis 1945 verstanden, sondern die parlamentarische Demokratie.

Wes Geistes Kinder viele Mitglieder, Wähler*innen und parlamentarische Abgeordnete der AfD sind, haben wir schon in zahlreichen Ausgaben der ALiNa beschrieben. Spätestens die Landtagswahlen in Hessen und Bayern treten nun den Beweis an, dass die AfD trotz eindeutiger Verbindungen



Fotos: Reinhard Schwandt, ver.di-Arbeitskreis Frieden

zur faschistischen politischen Szene und trotz der vielen skandalösen antidemokratischen und rassistischen Äußerungen keine vorübergehende Erscheinung sein wird. Sie hat einen festen Platz im Wahlverhalten und im Bewusstsein eines Gutteils des Bevölkerungs eingenommen.

Über Wochen tobte sich der rechte Mob in Chemnitz aus. Die Demonstrationen waren fest in der organisatorischen Hand rechtsextremer Kreise, Anmelder war die rechtsradikale „Bürgerbewegung Pro Chemnitz“. Aus allen Bundesländern reisten Neo-Nazis an. Mitglieder der NPD, von „Der Dritte Weg“, von den Identitären, einigen Kameradschaften und rechtsradikalen Burschenschaften,

der Partei „Die Rechte“ und aus anderen Organisationen marschierten gemeinsam mit „besorgten Bürgern“ und eben mit prominenten AfD-Mitgliedern auf den Straßen der sächsischen Großstadt.

Darunter tummelten sich auch der Bundestagsabgeordnete der AfD Ulrich Oehme mit der für ihn arbeitenden Referentin Leyla Bilge. Der Thüringer Landtagsabgeordnete der AfD Stefan Möller und die Baden-Württembergischen AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räßle und Hans Peter Strauch gesellten sich dazu.

Sie alle vertreten eine völkisch-nationalistische Politik. Der Hass auf Flüchtlinge, Einwanderer und auf das Anderssein waren in Sprechchören deutlich vernehmbar. Die Mitmarschierenden der AfD hatten sich nicht dorthin verirrt, sondern waren in der bewussten Absicht vor Ort, den gesellschaftlichen Rechtsruck zu befördern.

Sie würden jederzeit die Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, Alice Weidel, unterschreiben, die sie schon am 24. Februar 2013 via Facebook kundtat: „Der Grund, warum wir von kulturellen Voelkern wie Arabern, Sinti und Roma etc überschwemmt werden, ist die systematische Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft als mögliches Gegengewicht von Verfassungsfeinden, von denen wir regiert werden. (...) Diese Schweine sind nichts anderes als Marionetten der Siegermächte des 2. WK und haben die Aufgabe, das dt Volk klein zu halten indem molekulare Bürgerkriege in den Ballungszentren durch Überfremdung induziert werden sollen.“ (2)

Es gibt zahllose Beispiele für ähnliche Aussagen. Die Höckes, Gaulands, Poggenburgs, Bystroms, Goebels, von Storchs, Weidels und viele mehr wissen genau, was sie sagen. Sie wollen antidemokratische, rassistische, völkische und autoritäre Überzeugungen und Haltungen gesellschaftlich breit platzieren. Sie haben es trotz der empörenden Zitate geschafft, in alle Landtage und in den Bundestag einzuziehen, oft mit zweistelligen Prozentzahlen. In Bayern erlangte die AfD 10,2 Prozent und 22 Sitze. In Hessen stimmten 13,1 Prozent der teilnehmenden Wahlberechtigten für die Alternative für Deutschland, die nunmehr über 19 Sitze im hessischen Landtag verfügt.

Die Wahlergebnisse lassen nicht allein den Schluss zu, dass viele Wähler*innen den Regierungsparteien im Bund mit der Wahl der AfD einen Denkmittel verpassen wollten. Diese Antwort ist zu einfach und lässt außer Acht, wie viele von ihnen selbst rassistisch, sexistisch, nationalistisch und antidemokratisch denken. Zitate, wie die oben genannten, fallen bei einem Teil der Bevölkerung auf einen fruchtbaren Boden. Genau diesen beackert diese Partei. Gleichzeitig haben die Protagonisten dieses Kurses diejenigen in der AfD verdrängt, die diese Haltungen bisher nicht zeigen. Sie sind in der Öffentlichkeit kaum noch wahrnehmbar, bestimmen nicht den Ton in der AfD.

Einer, der gern mit der rechten und fremdenfeindlichen Identitären Bewegung (IB) paktiert, ist der Unternehmensberater Andreas Lichert, übrigens früher ein Mitglied der FDP. Seit der Hessenwahl sitzt er für die AfD im Landtag. Seine Nähe zu diesem Netzwerk schadet ihm offensichtlich nicht, obwohl der AfD-Bundesvorstand beschlossen hatte, keine Zusammenarbeit mit der IB zuzulassen. Diese wiederum übt einen großen Einfluss auf die Jugendorganisation der AfD aus.

Andere Rechte bleiben ebenfalls nicht untätig. Dazu zählen die Macher des Magazins „Arcadi“. Es „ist nicht nur ein rechtes Lifestylemagazin, sondern ein Vernetzungsprojekt - durch personelle Überschneidungen, gegenseitige Bezugnahmen, finanzielle Beziehungen und Treffen außerhalb des virtuellen Raums übernimmt es eine Scharnierfunktion zwischen AfD-Funktionär*innen, Identitären, Burschenschaften und Neonazis.“ (Kai Budler in „der rechte rand online“)

Das Magazin ist erstaunlich aufwendig gestaltet, kommt in der Internetpräsenz betont jugendlich und modern daher, versucht die rechten Kampfbegriffe geschickt zu entpolitisieren und positiv zu besetzen. Völkische

Nationalisten sind demnach erst einmal Patrioten und gegen Patriotismus könne man doch nicht ernsthaft sein, gelle? Die AfD und ihre Jugendorganisation seien durch und durch demokratische Parteien mit einem gesunden Patriotismus, zu Unrecht verfolgt von staatlichen Überwachungsorganen und völlig verirrten Linken....

Geschichte wird geschickt neu interpretiert, das aktuelle Geschehen ebenso und was in Chemnitz geschah, war die gerechte Empörung besorgter patriotischer Bürger*innen, deren Tiraden zweifelsfrei angebracht und nicht etwa rassistisch waren. „Arcadi“ berichtet oft über die AfD und ihr Umfeld. Allein das lässt schon ahnen, welchen Einfluss das Magazin und seine Macher auf diese Partei und die rechte Szene nehmen möchten und wohl auch nehmen.

Es ist grundsätzlich vor dem Hintergrund unserer deutschen Vergangenheit notwendig, Jugendliche im Schulunterricht über die rechten Medien und Magazine wie „Arcadi“ aufzuklären, ihre Geschichtsverfälschung aufzuzeigen und die beschönigenden Termini zu entlarven. Es gibt bundesweit sehr wohl eine Rechtsentwicklung unter Schüler*innen, der entschieden und wirkungsvoll begegnet werden muss. So etwas tut Nazis weh. Ihnen sind demokratische, antirassistisch denkende Menschen zuwider, die eine lebendige multikulturelle und solidarische Gesellschaft begrüßen und nicht den dumpfen völkischen Nationalismus ewig gestriger Hohlköpfe.

Die Hamburger AfD trat jüngst einen solchen

Beweis an, indem sie eine Internet-Plattform schuf zur Denunziation von Lehrer*innen. Das dort mit der Überschrift „Offensive für Meinungsfreiheit und gegen linke Ideologien“ versehene Programm wird folgendermaßen beschrieben und begründet:

„Seit Jahren gibt es linke Ideologieprogramme an Hamburger Schulen. Immer wieder setzen Lehrer die politische Bildung einsei-

chränkt werden. Die Grundsätze der Rede- und Meinungsfreiheit und ihr Wert für unsere Demokratie müssen wieder stärker vermittelt werden.“

Die AfD setzt selbstverständlich voraus, dass viele Lehrer*innen per se die freie Meinungsäußerung von Schüler*innen unterbinden, Indoktrination betreiben und ansonsten überwiegend linksextrem seien. Deshalb



tig mit dem Kampf gegen Andersdenkende gleich. Mit unserer Aktion ‚Neutrale Schulen Hamburg‘ gehen wir deutschlandweit erstmals in die Offensive. Wie wollen Schüler und Eltern unterstützen, sich im Falle von Neutralitätsverstößen oder parteipolitischen Einflussnahmen zu wehren. Dabei steht die schulinterne Konfliktlösung im Vordergrund. (...) In Fällen, in denen eine schulinterne Klärung nicht möglich ist, bieten wir an, Verdachtsfälle von der Schulbehörde überprüfen zu lassen – natürlich unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten. Wichtig ist uns, dass an den Hamburger Schulen Diskursräume nicht unzulässigerweise einge-

sollen Schüler*innen die Gelegenheit nutzen, ihre Lehrer*innen anonym bei der AfD anzuzeigen. Die AfD möchte auf diese Weise, Schule und das Lernen in der Schule nach rechts rücken, so wie sie es für die gesamte Gesellschaft anstrebt. Es geht hier nicht um eine konservative Einstellung, sondern um eine zutiefst undemokratische Haltung. Die Zeiten des „Heil Hitler!“ sind vorbei und ein „Heil Gauland!“ will kein demokratisch gesinnter Mensch hören. Dafür gilt es einzutreten und nicht dem Faschismus die Hintertür weit zu öffnen.

Volker Vödisch, Kommentar 1,2 - „der rechte Rand“ - online

Inhaltsverzeichnis:

Der braune Sumpf der AfD	Seite 2
Altona für alle - sozial und solidarisch	Seite 4
Gemeinsam aktiv und neu gestärkt	Seite 5
100 Jahre Novemberrevolution in Altona	Seite 5
Die Grenzen des Kapitalismus	Seite 6
Die Charta von Palermo -	
Für ein Menschenrecht auf Freizügigkeit	Seite 8
Keine Elbtrasse -	
Volkentscheid vollständig umsetzen	Seite 10
Das Zuhause ist der gefährlichste Ort einer Frau	Seite 12

Landesarbeitsgemeinschaft	
LAG Feminismus gegründet!	Seite 13
Den Frauen eine Stimme	
- 100 Jahre Frauenwahlrecht	Seite 14
Ein „Hurra“ zum Baustopp	
hält durch den Bahnhof Altona	Seite 16
Kommt der neue Fernbahnhof Diebsteich?	Seite 18
Hamburgs Krankenhäuser – sichere Orte?	Seite 19
Impressionen einer Delegationsreise	Seite 18
nach Rojava Anfang Juni 2018	Seite 20
Bücherkiste Links	Seite 23

Am 26. Mai 2019 finden in Hamburg, parallel zu den Wahlen zum Europaparlament auch die Wahlen für die Bezirksversammlungen statt. Hierfür hat die LINKE Altona ein ausführliches Bezirkswahlprogramm erarbeitet und Anfang Oktober verabschiedet. Es wird in ganzer Länge in einer kleinen Broschüre veröffentlicht und in einer Kurzfassung auf einem Faltblatt erscheinen. Hier ein paar Auszüge:

Altona für alle – sozial und solidarisch

Altona zeichnet sich wie kaum ein anderer Bezirk durch Vielfalt und Lebendigkeit aus. Bis 1937 selbständige Großstadt, hat sich Altona zu allen Zeiten als offene Stadt verstanden, wie es das Wappen mit den geöffneten Toren symbolisiert. Zu den Stärken Altonas gehört auch eine in den 1920er Jahren der Weimarer Republik betriebene vorausschauende und soziale Stadtentwicklungspolitik. Der Bau von Wohnungen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie Museen und Parks wurde damals ebenso als öffentliche Aufgabe verstanden wie die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Dienstleistungen durch kommunale Unternehmen (Gas, Strom, Wasser, Verkehr, Gesundheit, Pflege usw.). An diese Geschichte und Traditionen müssen wir heute wieder anknüpfen, denn Altona wird in Teilen immer mehr zu einem Event- und Wohnbezirk für Besserverdienende, in dem insbesondere für Rentner*innen, Alleinerziehende, Arbeitslose, Menschen mit Behinderung und Migrant*innen kein Platz mehr ist. Auch die Privatisierung öffentlicher Räume und Flächen trifft besonders die sozial Benachteiligten, denen die kostenlosen Naherholungsgebiete schleichend genommen werden.

Wir fordern einen radikalen Politikwechsel und treten unter anderem ein:

➤ für ein friedliches soziales, solidarisches und ökologisches Altona, das Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität, Kultur und Freizeit für alle ermöglicht.

➤ für ein demokratisches Altona, in dem seine Bürger*innen auch außerhalb von Wahlen verbindliche Entscheidungen treffen können.

➤ für ein interkulturelles Altona, das Migrant*innen und Geflüchtete ein neues Zuhause bietet.

➤ für ein gleichberechtigtes Altona, das der Benachteiligung von Frauen entgegenwirkt und die überholten Geschlechterrollen aufhebt.

➤ für ein inklusives Altona, das Menschen mit und ohne Behinderung ein gemeinsames Zusammenleben ohne Barrieren ermöglicht.

➤ für ein Altona, das im Gegensatz zum neoliberalen Konzept der ‚wachsenden Stadt‘ die benachteiligten Stadtteile besonders fördert. Wir wollen überall in Altona lebenswerte Quartiere. Dazu gehört ein kommunaler sozialer Wohnungsbau, der niedrige Mieten ermöglicht und Wohnen als Grundrecht realisiert.

es folgen mehrere Seiten konkreter Forderungen.

Wir wissen, dass viele unserer Forderungen und Vorstellungen nicht auf der Bezirksebene entschieden werden und außerparlamentarischer Druck unerlässlich ist. Eine starke Linksfraction in der Bezirksversammlung ist aber wichtig, um dort bürgerfreundliche Ideen einzubringen und die anderen Parteien zu einer Auseinandersetzung zu zwingen.

Wir wollen kommunale Selbstbestimmungsrechte für die Bezirke, denn Vieles, was bisher auf Landesebene entschieden wird, ist besser im Bezirk und damit bei den unmittelbar betroffenen Bürger*innen aufgehoben. Voraussetzung hierzu ist ein eigenes Haushaltsrecht der Bezirke.

Nach Jahrzehnten einer neoliberalen Politik mit Steuersenkungen für Konzerne, Sozialabbau, Schuldenbremse, Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, Privatisierung (z.B. Krankenhäuser, Energieversorgung etc.), Überführung von noch städtischen Betrieben in gewinnorientierte Wirtschaftsunternehmen ist Altona besonders in den letzten Jahren zur Beute von Spekulanten, sogenannten

Investoren geworden. An deren Interessen wird Stadtplanung heutzutage vorrangig ausgerichtet. Gleichzeitig gibt es einen immer größer werdenden Anteil von Armut in der Bevölkerung.

Die Agenda 2010 hat`s gerichtet. Niedrige Löhne, prekäre Beschäftigung, das „Hartz IV“-System. Insbesondere das Kerngebiet Altona mit Mieten bis zu 17,- Euro pro qm können sich viele alteingesessene Altonaer*innen nicht mehr leisten. Diese Politik ist ein Nährboden für rechtes Gedankengut.

Um diesen Trend zu stoppen und umzukehren, sind grundsätzliche Veränderungen nötig. Wir wollen den öffentlichen Reichtum der Vielen, statt privaten Reichtum für die Wenigen. Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik des Sozialabbaus und einer Stadtplanung, die sich vorrangig an den Gewinninteressen der Investoren ausrichtet.

Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?
In Hamburg leben 42.000 Millionär*innen, deren Steueraufkommen durch Steuerge-

schenke ständig sinkt. Hamburg ist reich, aber das Geld versickert in Milliardenhöhe bei Spekulationsverlusten der HSH-Nordbank, bei Renommierprojekten wie der Elbphilharmonie oder umweltfeindlichen Wahnsinnsprojekten wie der geplanten abermaligen Elbvertiefung. Darin haben sich die Senate der vergangenen 20 Jahre nicht unterschieden, ob sie nun rotgrün, schwarz-grün oder SPD- bzw. CDU-Alleinregierungen waren. Wir fordern eine Bundesratsinitiative ein, die Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuer einzuführen und den Spitzensteuersatz zu erhöhen.

Stärken Sie eine Opposition, die etwas bewirkt! Wir wollen eine Veränderung von Grund auf, ausgehend von den Bezirken. Die anderen Parteien wollen, dass Sie Ihre Stimme abgeben. Wir wollen, dass Sie DIE LINKE wählen, aber vor allem: dass wir gemeinsam aktiv werden!

Ein anderes Hamburg und ein anderes Altona sind nötig und möglich.

Altona für alle - sozial und solidarisch!

DIE LINKE Altona wählte Kandidatinnen und Kandidaten der Gesamtliste für die Bezirksversammlungenwahlen 2019

Gemeinsam aktiv und neu gestärkt!

Am Samstag, den 27. Oktober 2018 trafen sich die Mitglieder der LINKEN Altona, um eine quotierte Liste für die Wahlen zur Bezirksversammlung im Frühjahr 2019 zu wählen. Im Vorfeld hat der Bezirksverband das Wahlprogramm „Altona für alle- sozial und solidarisch“ erarbeitet und abgestimmt, welches die Kernthemen und Anliegen der bisherigen Fraktion mit beinhaltet.



Thérèse Fiedler und Robert Jarowoy. Foto: DIE LINKE

Das Ergebnis der Wahl der Liste für die Partei DIE LINKE. in Altona vereint das Vertrauen in die Erfahrung und den Wunsch nach neuer weiblicher Tatkraft. Der Spitzenkandidat **Robert Jarowoy**, 65, Krimiautor, wurde bestätigt und wird durch **Thérèse Fiedler**, 33, Rechtsanwältin, auf Platz 2 ergänzt, die seit 2018 Mitglied des Bezirksvorstandes ist.

Auf Platz 3 kam **Andrea Benkert**, 55, Berufsschullehrerin, die seit vielen Jahren in verschiedenen Initiativen in Altona aktiv ist. Ebenfalls bestätigt wurde die engagierte Ar-

beit in der Bezirksversammlung von **Karsten Strasser**, 51, Sozialberater, der auf Platz 4 kam. Platz 5 besetzt **Blanca Merz**, 60, Sozialarbeiterin, Mitglied der derzeitigen Bezirksfraktion und seit langen engagiert unterwegs in Altona. Auf Platz 6 wurde **Niclas Krukenberg**, 26, Schwimmtrainer gewählt, der vor allem in den Stadtteilen Osdorf/ Lurup aktiv sowie Mitglied des Bezirksvorstandes ist. Als weitere Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt: **Claudia Dyroff** (Lehrerin), **Klaus-Peter Berndt** (Kunsthändler), **Cornelia Templin** (Krankenschwester), **Horst Schneider** (Drucker), **Hamide Scheer** (Dipl.

Sozialwirtin), **Hasan Burgucuoglu** (Lehrer), **Wolfgang Ziegert** (Lehrer), **Friedhelm Michnia** (Informations-elektroniker), **Metin Kaya** (Anwendungsentwickler), **Bijan Tavassoli** (Hacker), **Joachim Urschel** (zurzeit erwerbslos).

„Wir gratulieren allen Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl und freuen uns auf einen aktiven Wahlkampf. DIE LINKE fordert einen radikalen Politikwechsel gegen rechts und für ein interkulturelles Altona, das Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten ein neues Zuhause bietet“, sagte **Suzana Kamperidis**, Sprecherin des Bezirksvorstandes Altona. „Unsere Politik steht für ein friedliches, soziales, solidarisches und ökologisches Altona, das Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität, Kultur und Freizeit für alle ermöglicht. Wir wollen überall in Altona lebenswerte Quartiere. Dazu gehört ein kommunaler sozialer Wohnungsbau, der niedrige Mieten ermöglicht und Wohnen als Grundrecht realisiert“, ergänzt **Metin Kaya**, Sprecher des Bezirksvorstandes Altona

100 Jahre Novemberrevolution in Altona

DIE LINKE Altona hatte am 6. November zu einer Veranstaltung im Altonaer Rathaus eingeladen, und über 200 Menschen füllten den Kollegiensaal. Sie hörten eine Reihe von kurzen Vorträgen und szenischen Lesungen zum Verlauf der Novemberrevolution insgesamt und speziell in Altona, ergänzt durch Fotos aus der Zeit vor 100 Jahren und Musik von damals.

Es wurde deutlich, wie schrecklich die Lebensumstände für die meisten Menschen im fünften Jahr des Ersten Weltkriegs waren und welche Hoffnungen sie auf eine grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse setzten. Ein Problem war allerdings, dass viele ArbeiterInnen immer noch der SPD anhingen, obwohl die Partei bis Anfang 1918 den Krieg unterstützt hatte. Die im Jahr zuvor gegründete linke Abspaltung USPD war noch schwach und nicht so organisiert und entschlossen wie die Bolschewiki in Russland, die in der Oktoberrevolution 1917 ein ganz neues Kapitel der Geschichte aufgeschlagen hatten. In den ersten Novembertagen des Jahres 1918

schien nach dem Aufstand der Matrosen in Kiel und der Abdankung des Kaisers die alte Ordnung zu wanken, auch in Hamburg und Altona übernahm ein Arbeiter- und Soldatenrat die Macht. Schon in den folgenden Tagen aber ließ er sich auf die Zusammenarbeit mit den alten Mächten ein - Senat, Wirtschaft, Verwaltung -, und die Mitglieder von Mehrheits-SPD und Gewerkschaften im Rat steuerten ihn immer weiter weg vom revolutionären Ziel einer umfassenden Neugestaltung der Gesellschaft.

Dies entsprach der Entwicklung auf Reichsebene, wo die Führung der MSPD die Vertreter der MSPD bald aus der Regierung drängte und gemeinsam mit reaktionären Freikorps alle linken Kräfte entmachtete oder umbrachte, wie z.B. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die Novemberrevolution führte immerhin dazu, dass einige seit Jahrzehnten erhobene



Forderungen der Arbeiterbewegung verwirklicht wurden: Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts - auch für Frauen - und Einrichtung von Betriebsräten, dazu erweiterte Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit.

Zum Ablauf der Veranstaltung ist kritisch anzumerken, dass wir den ZuhörerInnen sehr reichlich - bzw. für einige zu viel - Material geboten haben; das nächste Mal wird es kürzer... Alle, die nicht die ganze Veranstaltung sehen bzw. nicht kommen konnten oder die Texte und Bilder noch einmal ansehen möchten, finden sie auf unserer Website <http://www.die-linke-altona.de>

Werner Haertel

Die Grenzen des Kapitalismus

Was er kann und was nicht.

Während die Herrschenden vor-hergehender ausbeuterischer Gesellschaften neben Prachtbauten mit ihrer Ausbeute nichts besseres anzufangen wussten als sie zu verprassen, entwickelte sich unter der Herrschaft des besitzenden Großbürgertums mit der Akkumulation von Kapital ein Motor, der in beispielloser Dynamik eine rasante gesellschaftliche Entwicklung auf den Weg brachte. Dieser Motor hat ein Problem. Er lässt sich nicht abstellen.

Jeder Mensch weiß, nichts auf Erden währt ewig und nichts wächst grenzenlos. Nur der Kapitalismus will eine Ausnahme für sich. Seit Zahlen darüber vorliegen beträgt das kapitalistische Wachstum jährlich ca. 3%. Das heißt, das angehäuften, akkumulierte Kapital wächst von Jahr zu Jahr ohne dass es in der realen Wirtschaft noch hinreichend Anlagemöglichkeiten findet. Deshalb weicht es mehr und mehr in Finanzspekulationen aus. Das sind Kasinowetten, die irgendwann platzen. Doch der Kapitalismus kann nicht anders. Er ist wie ein Fahrrad, das umfällt, wenn keiner mehr strampelt. Irgendwann muss Kapital vernichtet werden, damit es weitergehen kann, letztlich auch durch Krieg. Und das böse Spiel beginnt von vorne, sofern die Erde noch bewohnbar ist.

Die Schranke des Kapitalismus ist der Kapitalismus selbst. So hat Marx die inneren Grenzen des Kapitalismus formuliert, und dank seiner wissen wir ziemlich präzise, was der Kapitalismus politisch und sozial kann, und was nicht. Die inneren Grenzen zu kennen bewahrt uns vor Illusionen, vor taktischen und strategischen Fehlern. Von der Plastiktüte bis zu Waffen, ökologisch betrachtet von der Unbewohnbarkeit der Erde bis zum nächsten Weltkrieg, bestimmt eine Minderheit darüber wie wir auf diesem Pla-

neten leben, die Kapitalist*innenklasse und ihre Politiker*innen. Schlimmer noch, es sind gar nicht einmal konkrete Menschen, die könnte man ja austauschen, sondern ein System, das in seinen Grundprinzipien nicht anders handeln kann als es agiert.

Schmerzlicher noch als der Zustand der Welt selbst ist unser eigenes tätiges Eingebundensein in diesen Weltzustand. Friedrich Engels beschrieb im 19. Jahrhundert die Lage der arbeitenden Klasse in England wie nachstehend: „Der Arbeiter ist rechtlich und faktisch Sklave der besitzenden Klasse, der

Nun gut, mag man sagen, das galt sicher für das 19. Jahrhundert, aber doch nicht mehr heute. Tatsächlich? Abgesehen davon, dass die Welt nicht an unserer Nasenspitze endet, wer nicht mit einem goldenen Löffel im Mund geboren wurde, weiß schon als Kind, einst muss es sich als Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zum Kauf anbieten. Na und, mag man denken, ich arbeite gern! Sagte doch selbst die Kommunistin Rosa Luxemburg: „Die Arbeit, die tüchtige, intensive Arbeit, die einen ganz in Anspruch nimmt, mit Hirn und Nerven, ist doch der größte Genuss im Leben“.

Oh ja, das sagte sie! Und wer sein Leben nicht an der Supermarktkasse verbringen muss, mag das sogar in seinem Arbeitsleben finden. Rosa Luxemburg spricht von selbstgewählter, selbstbestimmter Arbeit und nicht vom Tauschwert (2) unserer Arbeitskraft. Lohnabhängige Arbeit gehört nicht uns, sondern dem Kapital. Nicht die lohnabhängige Arbeit bestimmt, was produziert wird, sondern die Kapitalseite. Dabei geht es hier nicht um die kleinen inhabergeführten Betriebe, in denen auch heute noch die meisten Menschen arbeiten, sondern um Kapitalgesellschaften.

Auch wenn dem Kapitalismus innere Grenzen gesetzt sind, die er nicht überspringen kann, sein Wesen verändern kann er nicht, sein Gesicht schon. Er könnte von den lohnabhängigen Massen gezwungen werden vom Neoliberalismus in den Zustand des Kapitalismus vor dem Neoliberalismus zurückweichen. Im Klassenkampf ist das der Klassenkompromiss genannte Interessenausgleich bei Beibehaltung der herrschenden Produktionsweise (3) Das hieße, die Kapitalseite beließe einen größeren Teil des Mehrwertes(1) auf der Arbeiterseite. So wie es noch der Fall war als die Nachfragepolitik nach der Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes die Wirtschaft der BRD beeinflusste. Eine andere Steuerpolitik könnte die Reichen belasten und den Massen mehr Netto vom Brutto lassen, wodurch schließlich auch die Nachfrage steigt.



Foto: Pixabay

Bourgeoisie, so sehr ihr Sklave, daß er wie eine Ware verkauft wird, wie eine Ware im Preise steigt und fällt. Steigt die Nachfrage nach Arbeitern, so steigen die Arbeiter im Preise; fällt sie, so fallen sie im Preise; fällt sie so sehr, daß eine Anzahl Arbeiter nicht verkäuflich sind, auf Lager bleiben“, so bleiben sie eben liegen, und da sie vom bloßen Liegen nicht leben können, so sterben sie Hungers (heute HartzIV, Anmerkung des Verfassers) Der ganze Unterschied gegen die alte, offenerherzige Sklaverei ist nur der, daß der heutige Arbeiter frei zu sein scheint, weil er nicht auf einmal verkauft wird, sondern stückweise, pro Tag, pro Woche, pro Jahr, und weil nicht ein Eigentümer ihn dem andern verkauft, sondern er sich selbst auf diese Weise verkaufen muß, da er ja nicht der Sklave eines einzelnen, sondern der ganzen besitzenden Klasse ist.“

Auch punktuelle Bewegungen, wie der Widerstand im Hambacher Forst oder TTIP, aber auch örtliche Bürgerinitiativen, können erfolgreich sein.

An den Grenzen des Kapitalismus ändert es aber nichts. Egal über welche Variante des Kapitalismus wir reden, auf die Akkumulation des Kapitals kann er nicht verzichten. Und damit nicht auf grenzenlosen Wachstum. Für die Beantwortung der Menschheitsfragen auf diesem Planeten ist diese Schranke des Kapitalismus wesentlich. Aber auch im real existierenden Sozialismus mit Staatseigentum gab es grenzenloses Wachstum. Das war im unterentwickelten Russland auch notwendig. Sozialismus ist ein Systemgedanke, der einen Plan braucht.

Und der Plan der Sowjetunion war das Land industriell zu entwickeln und den kapitalistischen Westen zu überholen. Wäre das gelungen, hätte man die wirtschaftlichen Ziele neu geplant. Der Kapitalismus wird nicht geplant. Er funktioniert planlos nach den Gesetzen der Ausbeutung von Arbeit, Konkurrenz und der Akkumulation von Kapital. Und das solange bis er untergeht. Geplant wird die Produktion von den einzelnen Kapitalien, Konzernen, Monopolen. Und ob sie damit Erfolg haben, entscheidet die angeblich „unsichtbare Hand des Marktes“. Natürlich haben wir als Konsument*innen Einfluss, und sicher auch mehr als wir ihn nutzen. Aber schon mal einen Panzer gekauft? Nicht einmal eine Handfeuerwaffe? Ich auch nicht!

Wirtschaftsunternehmen planen mit Daten, die wir ihnen via Facebook, Google & Co. kostenlos zur Verfügung stellen. Diese Technologie kann man auch zum Nutzen der Mehrheitsgesellschaft in einem neuen Sozialismus einsetzen. Wir sind nicht mehr auf den Geschmack, die Wirrungen und Irrungen der Mitglieder eines meist männlichen Politbüros angewiesen, wenn es darum geht, zu planen wie wir leben wollen, was produziert wird und wie es verteilt wird.

In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat das Kapital damit begonnen den Klassenkompromiss zwischen Arbeit und Kapital aufzukündigen. Das Ergebnis sind die Lebensumstände, die wir mit dem Namen Neoliberalismus verbinden. Es ist an der Zeit, dass wir unsererseits die Kündigung aussprechen, statt darauf zu hoffen, der Kapitalismus werde von selbst „wieder lieb sein“. Dort wo sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit manifestiert, an den Arbeitsplätzen, in den Betrieben und

Konzernen muss der Kampf geführt werden. Die Antwort auf verschärften Arbeitsdruck mit unbezahlten Überstunden heißt nicht: “die Arbeit ist mein Hobby“, sondern „Schluss damit!“ und Solidarität innerhalb der lohnabhängigen Massen! Dann dreht sich der Wind und es zittern in den Palästen, jene, die darin wohnen.

Politisch kann der Kapitalismus mit allen Systemen. Er kann Demokratie, er kann Faschismus, Das sich in Erinnerung zu rufen ist, angesichts der von der ADF angeführten Gegenrevolte zu 1968, von aktueller Bedeutung. Diese Sprüche hat sich fast jeder schon mal anhören dürfen, der die Familiengeschichte während der Naziherrschaft hinterfragte: „Wenn ich das gewusst hätte! Das konnte man ja nicht ahnen!“ Oh ja, man konnte es ahnen und hat es auch gewusst. Man wollte nur nicht sehen und hören und schon gar nicht davon sprechen. Wer genau hinschaut sieht, es sind schon lange Linke, die das Grundgesetz gegen Rechts verteidigen, weil - wie einst in der Weimarer Republik - es die bürgerlichen Kräfte den berühmten asiatischen Affen gleich tun.

Der imperialistische Finanz- und Monopolkapitalismus und dessen innere Logik, setzt dem, was geht und was nicht, Grenzen. Dies ganz wörtlich zu nehmen in der Flüchtlingspolitik. Ich möchte nicht die Menschen in den betroffenen Weltgegenden dazu aufrufen bei sich zuhause die Systemfrage zu stellen, ohne den gleichen Rat uns selber zu geben. Der Kapitalismus geht nicht freiwillig und auch nicht friedlich. Es ist leider keine reine Fantasie, sich eine *,„faschistische kapitalistische oligarchische Elite vorzustellen, die einen Völkermord an der überflüssigen disponiblen Weltbevölkerung organisiert, um den Rest in einem verseuchten trümmerübersäten Alptraum zu versklaven, während sie selbst in einer abgeschotteten Kunstwelt lebt.“

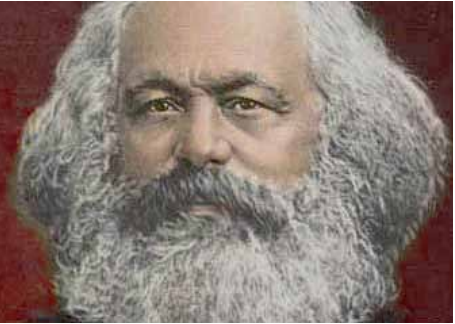
Es führt kein Weg daran vorbei, den kapitalistischen Wirtschaftsmotor durch etwas anderes zu ersetzen. Es muss gelingen in einer einigen antikapitalistischen Opposition die Dominanz des Tauschwertes zugunsten des Gebrauchswertes zurückzudrängen. Dazu braucht es ein neues sozialistisches Narrativ, eine Geschichte, die wir erfinden und planen indem wir sie erzählen. Dann werden die Urenkel einmal davon erzählen wie uns eine humanere Welt gelang, statt uns an in Trümmern schwelenden Feuerstellen zu verfluchen. Ein Freund sagte mir einst nach einem längeren Gespräch: „Wenn ich das alles an mich heranlasse, kann ich

mich auch gleich erschießen!“ Ich verstehe jeden, der verdrängt. Ich mache es selbst tagtäglich Für die nächste Ausgabe schreibe ich schon an einem Artikel zu dem, was Mut macht.

Herzlichen Dank allen, die sich auf diesen düsteren Text eingelassen haben.

Heinz-Dieter Lechte

*David Harvey, Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus



(1) Der Mehrwerttheorie von Marx, und somit dem Begriff Mehrwert, liegt die Erkenntnis zugrunde, dass der Lohn nicht das Entgelt für die Arbeit, sondern für die Arbeitskraft, ist. Für die Arbeit selber erzielt der Kapitalist am Markt einen Wert, der höher ist als die im Arbeitsstück eingefrorene entlohnte Arbeitskraft.

(2) Da man Waren (auch Dienstleistungen und Arbeitskraft sind Waren) gebrauchen kann haben sie einen Gebrauchswert, damit man sie miteinander tauschen kann noch einen zweiten Wert, den Tauschwert. Wie tauscht man den Wert der verschiedenen Waren untereinander? Sie müssen trotz ihrer Unterschiede etwas haben darin sie gleich sind? Wir können alle Waren auf einen gemeinsamen Ausdruck reduzieren. Die gemeinsame gesellschaftliche Substanz aller Waren ist die menschliche Arbeit.

(3) Produktionsweise „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte (Arbeitskräfte), Maschinen, Technik, usw) entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt“. (Karl Marx)

Gastbeitrag

Die Charta von Palermo – Für ein Menschenrecht auf Freizügigkeit



Foto: Flickr/Rasande Tyskar.

Seit einigen Monaten regiert in Italien eine Koalition der rechtspopulistischen Partei „MoVimento 5 Stelle“ (M5S, Fünf-Sterne-Bewegung) mit der rechtsextremen „Lega“ mit Guiseppe Conte an der Spitze. Damit ist Italien nach rechts gerückt. Doch noch ist es nicht fest in der Hand neofaschistischer Kräfte. Ein Beispiel hierfür ist der Bürgermeister der sizilianischen Metropole Palermo, Leoluca Orlando. 2017 wurde er zum fünften Mal in dieses Amt gewählt. Er äußerte am 23. Juli dieses Jahres in einem Interview mit Birgit Schmid für die NZZ (Neue Zürcher Zeitung) Bemerkenswertes, bedenkt man die politische Stimmung in seinem Land:

„Wir heißen alle Migranten willkommen. Wenn sie fragen, wie viele Flüchtlinge in Palermo leben, antworte ich nicht: 60.000 oder 100.000. Sondern: keine. Wer nach Palermo kommt, ist ein Palermitaner. Die Charta von Palermo, die ich 2015 verfasst habe, hält das fest. Tut mir leid für Sie, Sie sind jetzt auch eine Palermitanerin. Sie sind aber frei, wegzugehen und nicht mehr Palermitanerin zu sein.“ (Das Interview kann in voller Länge in der NZZ nachgelesen werden und ist in der Tat bemerkenswert! In der Suchfunktion einfach „Interview mit Leoluca Orlando am 23.07.2018“ eingeben.)

In diesem Artikel soll es um eben diese Charta von Palermo gehen. Sie ist das Ergebnis eines von Leoluca Orlando initiierten Kongresses, der unter dem Motto „IO SONO

PERSONA“ (ich bin eine Person) vom 13. März bis zum 15. März 2015 stattfand.

„Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht oder sucht diesen aus; jeder Mensch hat den Anspruch darauf den Ort an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen“ – als Konsequenz dieser Grundaussage wird in der Charta ein unveräußerliches Menschenrecht auf Freizügigkeit gefordert. Das ist jetzt etwas mehr als 3 ½ Jahre her, ungefähr so lange wie ich in der Flüchtlingsarbeit aktiv bin. Von der Charta erfuhr ich durch einen Artikel in der Frankfurter Rundschau, war fasziniert von dieser für mich positiven Utopie und machte mich auf die Suche nach dem vollständigen Text. Ich fand ihn in einer Übersetzung des Goethe-Instituts von Palermo im Internet auf einer Seite der Bürgerschaftsfraktion der Hamburger Linken. Keine plakative Forderung, sondern ein durchdachtes argumentatives 11-seitiges Dokument – Ergebnis einer humanitären Herangehensweise an das aktuelle Problem von Flüchtlingsbewegungen und Migration. Was ich bis heute nicht verstehe ist, dass niemand (auch und

besonders die Linke) diese Charta aufgegriffen und unterstützt hat. In diesen 3 ½ Jahren hat sich das politische Klima in „unserem“ Land, in Europa und weltweit grundlegend verändert.

„Willkommenskultur“ war gestern – heute sind die Migranten „die Mutter aller Probleme“, Asylgesetze wurden verschärft, es wird in Kriegsgebiete abgeschoben, das politische Spektrum hat sich nach rechts entwickelt – selbst Teile der Partei „Die Linke“ laufen diesem Trend hinterher. So begründete Sarah Wagenknecht ihre Nichtteilnahme an der großen Unteilbar-Demo im Oktober in Berlin damit, dass dort „offene Grenzen“ gefordert würden. Mir dagegen hat diese Demo mit fast einer Viertelmillion Teilnehmer*innen sowie die vielen Demos und Aktionen in vielen deutschen Städten für die Seenotrettung im Mittelmeer und für offene Häfen Mut gemacht – das ist ein AUFSTEHEN wie ich es verstehe. Auf Demos oder Veranstaltungen „Hoch die internationale Solidarität“ zu rufen und andererseits vor offenen Grenzen zu warnen, passt einfach nicht zusammen. Dabei ist es für mich erst einmal egal ob diese Menschen vor politischer Verfolgung, vor Kriegen, vor Hunger oder vor dem Klimawandel fliehen. Genau das macht die Charta von Palermo aus – sie fordert ein Recht auf Freizügigkeit für alle Menschen. Ohne besonders pessimistisch zu sein, kann davon ausgegangen werden, dass es in Zukunft nicht weniger, sondern eher mehr Fluchtursachen geben wird – alleine die (Nicht)Reaktion auf den Klimawandel lässt Schlimmes ahnen.

MENSCHENRECHT AUF FREIZÜGIGKEIT – eine Utopie naiver „Gutmenschen“?



Viele Menschen der westlichen Industriestaaten kommen in den Genuss einer Freizügigkeit, Schüler*innen machen ein Auslandsjahr, Student*innen Auslandssemester oder gar das komplette Studium im Ausland, auch Arbeit im Ausland ist für viele selbstverständlich, wie auch Reisen in alle Welt. Innerhalb der EU ist eine definierte Form

der Freizügigkeit sogar gesetzlich verankert – also keineswegs eine weltfremde Utopie. Das alles ist natürlich zumindest teilweise abhängig vom sozialen Status – aber dem Gros der Menschheit völlig verwehrt. Ein großes Anliegen der EU und speziell der Bundesregierung dagegen ist die Freizügigkeit des Warenverkehrs. Haben wirtschaftliche Produkte mehr Rechte als Menschen? Natürlich geht es hier um Interessen und um Profit – aber diese Diskussion zeigt den Zynismus des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Ein Schlagwort ist auch das der Ursachenbekämpfung, welches gerne benutzt wird als Alternative zu einem humanen Umgang mit Geflüchteten. Genau hingeschaut geht es dabei nicht um eine Verbesserung der Lebens- oder politischen Situation der Bevölkerung in den ärmeren Ländern, sondern vorrangig darum z.B. den afrikanischen Markt zu besetzen, ihn nicht den Chinesen zu überlassen etc. An der Ausbeutung der Länder der 3. Welt, der Aneignung der dortigen Rohstoffe durch westliche Konzerne etc. hat sich seit der Kolonialzeit allerdings nichts wesentliches geändert, d.h. Flucht-

ursachen werden nicht bekämpft, sondern zementiert. Dafür fließt viel Geld in die sogenannte Sicherung der Außengrenzen. Es ist schon mehr als makaber, wenn diktatorische Regimes mit Milliarden von Euros dafür bezahlt werden quasi neue EU-Außengrenzen in der Sahara zu ziehen, wo inzwischen mehr Geflüchtete den Tod finden als im Mittelmeer. Gerade hat Frau Merkel die brutale ägyptische Militärdiktatur als vorbildlich in Sachen Grenzsicherung gelobt, d.h. dafür dass sie die Drecksarbeit für die EU machen. Das ganze Gerede von Ursachenbekämpfung erweist sich da als hohles Gerede.

Das Thema Flucht und Migration wird angesichts der Weltlage ein dauerhaftes sein und die Herrschenden gehen auch davon aus und bereiten sich entsprechend vor (Stichwort Festung Europa). Alle humanitären Kräfte und speziell die Linke sollte das auch tun, offensive Konzepte entwickeln und tatsächlich internationale Solidarität zeigen und leben.

Ein Menschenrecht auf Freizügigkeit und bereits die Diskussion darüber bzw. eine

Kampagne dazu könnte dabei hilfreich sein, würde dazu zwingen z.B. die Diskussion um die Klimakatastrophe ernsthaft und mit Konsequenz zu führen. In diesem Sinne HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Jochim Maack

Leoluca Orlando, 1947 in Palermo geboren, gilt als einer der mutigsten Gegner der sizilianischen Mafia. Der heutige Parteilose gehörte zuerst der Democrazia Cristiana an und gründete danach die überparteiliche Antikorruptionsbewegung „La Rete“ (Das Netz). Der junge Rechtsprofessor stieg in die Politik ein als der Präsident Siziliens Piersanti Mattarella, den er beriet, von der Mafia ermordet wurde.

Ab 1985 war Orlando dreimal Bürgermeister von Palermo und wurde 2012 und 2017 erneut gewählt. Er war Abgeordneter im italienischen Parlament und im EU-Parlament. Wie die Richter Giovanni Falcone und Paolo Borsellini, die 1992 durch Bombenattentate starben, stand Orlando lange auf der Todesliste der Mafia. Orlando ist verheiratet und Vater zweier Töchter.

INTERNATIONALE FREIZÜGIGKEIT VON MENSCHEN
CHARTA VON PALERMO 2015

Von der Migration als Problem zur Freizügigkeit
als unveräußerlichem Menschenrecht

Das Recht auf Freizügigkeit als Menschenrecht. Zu einer Staatsbürgerschaft des Wohnorts. Für die Abschaffung
der Aufenthaltsgenehmigung.

Für die mit der mittlerweile alltäglichen Migration verbundenen Probleme müssen solche Lösungen gefunden werden, die Freizügigkeit als Recht voraussetzen. Dafür ist es notwendig, den Ansatz zu ändern, in dem Sinn, dass das „Problem Migration“ dem Recht auf Freizügigkeit Platz macht. Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht oder sucht diesen aus; jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen.

Der Migration als Prozess liegt oft eine Notlage zugrunde, eine dramatische Notlage. Aber dies ist lediglich die Spitze des Eisbergs, als der sich die unweigerliche Verlagerung von Millionen Menschen darstellt. Dieses Phänomen ist mit der Globalisierung, langfristigen politischen und Wirtschaftskrisen verbunden.

Den kompletten Text der Charta von Palermo findet Ihr unter folgendem link:
<https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/12/pdf-carta-di-palermo-ger.pdf>



Fotos: Günther Bock

Keine Elbtrasse – Volksentscheid vollständig umsetzen!

Der Senat hat sich im Oktober entschieden, den ersten Satz des Volksentscheids von 2013 komplett umzusetzen. Am 22.9.2013 entschied eine Mehrheit der Hamburger*innen: „**Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.**“

Zwar hat der Rückkauf insbesondere des Fernwärmenetzes viel zu lange gedauert, aber knapp 1½ Jahre vor der Bürgerschaftswahl hat sich der Senat nicht getraut, den Volksentscheid zu brechen. Zum Fernwärmenetz gehören auch alle erforderlichen Anlagen zur Wärmeproduktion. Dieses Fernwärmesystem versorgt Hunderttausende Hamburger*innen. Es wird ganz überwiegend mit Steinkohle betrieben, was die ohnehin schon dramatische globale Er-

wärmung weiter anheizt. Und: Heizkosten belasten viele Mieter*innen erheblich.

Für eine sozial gerechte und klimaverträgliche Wärmeversorgung

Dringend notwendig ist eine Wärmewende, ein schneller Ausstieg aus der Kohle und möglichst bald auch aus dem Erdgas. Weit-

gehend unstrittig ist, dass das alte, dreckige und störanfällige Heizkraftwerk (HKW) Wedel rasch stillgelegt werden muss. Sehr strittig ist, wo welche Anlagen als Ersatz errichtet werden sollen. Die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) plante lange eine zumindest indirekte Beteiligung des Vattenfall-Kraftwerks Moorburg und Vattenfall for-



derte den Wedel-Ersatz nur aus Moorburg. Vattenfall hat jetzt erklärt, nicht mehr ins Fernwärmenetz einspeisen zu wollen.

Die BUE will jetzt Anlagen in der Nähe des Klärwerks Dradenau (südlich der Elbe) bauen. Eine Großwärmepumpe soll deren Abwärme auf ca. 60 Grad anheben. Anschließend soll mit Gas auf die erforderlichen 130 Grad nach geheizt werden. Der Anteil erneuerbarer Wärme wäre gering. Den größten Anteil soll ein gasbetriebenes Heizkraftwerk liefern. Hinzu kämen kleine Mengen industrieller Abwärme. Die Wärme soll durch eine Trasse unter der Elbe ins Fernwärmenetz eingespeist werden. Diese Lösung ist teuer (Großwärmepumpe; Elbtrasse) und ihre Realisierung wird mehrere Jahre dauern, in denen das HKW Wedel weiter laufen müsste. Die hohen Kosten werden letztlich von den Kund*innen zu bezahlen sein. Bürgermeister Tschentscher hat aber versprochen, die Fernwärmepreise des städtischen Unternehmens nicht stärker steigen zu lassen als die Wärmepreise sonst.

Wird die Elbtrasse gebaut, besteht die Gefahr, dass die nächste Regierungskoalition sich darauf einigt, doch Kohlewärme aus Moorburg zu nutzen. Die Trasse würde dann bis zum HKW verlängert, würde zur Moorburgtrasse. Zu Fernwärme aus Dradenau gibt es am Energiestandort Stellingermoor eine viel bessere Alternative. Die wurde schon Ende 2015 vom Beratungsinstitut BET im Behördenauftrag ausgearbeitet. Die Nordvariante ist kostengünstiger und schneller realisierbar als eine Südvariante (<https://www.hamburger-energetisch.de/elbtrasse/#Nord-Alternative>).

Was ist zu tun?

Die Pläne für die Elbtrasse werden voraussichtlich Anfang 2019 öffentlich ausgelegt. Dagegen können Einwendungen eingelegt werden, die vom Antragsteller und der Genehmigungsbehörde beantwortet werden müssen. Gegen die endgültigen Pläne kann geklagt werden. Massiver zivilgesellschaftlicher Widerstand ist nötig:

Bürger*innen an der geplanten Trassenführung können gegen diese Einwendun-

gen einlegen. Aber auch alle anderen Hamburger*innen können das tun. Nähere Hinweise siehe: <https://www.hamburger-energetisch.de/elbtrasse/>.

Die BI „Keine Elbtrasse!“ (<http://trasse-stoppen.bplaced.net/wordpress/>) kann Unterstützung bei der Information der Einwohner*innen der Stadtteile und bei der Organisation von Aktionen gut gebrauchen.

Menschen im Bezirk Altona und in ganz Hamburg sollten sich am Widerstand gegen die Elbtrasse und für die alternative Nordlösung beteiligen. Der Hamburger Energetisch (<https://www.hamburger-energetisch.de/>) organisiert zusammen mit Bündnispartner*innen diese Aktivitäten.

DIE LINKE wird den Kampf für einen sozial gerechten und klimaverträglichen Ersatz für das HKW Wedel auf der Straße und in den Parlamenten unterstützen.

Gilbert Siegler



Das Zuhause ist der gefährlichste Ort einer Frau

Eigentlich heißt es, die Familie sei ein Schutzraum, nicht so für Frauen (und Kinder). Für Frauen ist es der gefährlichste Ort und das hat etwas mit Macht und Herrschaft – mit patriarchalen Strukturen – zu tun!

Im Jahre 2017 wurden fast 140000 Fälle von Gewalt innerhalb der Partnerschaft bekannt. 2013 wurden noch 121000 Fälle registriert. 82% der Opfer waren Frauen (aber auch mehrere Tausend Männer). Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Steigerung im Wesentlichen auf eine

von Familiendramen gesprochen, nein, das ist strukturelle Gewalt!

Am meisten gefährdet sind Frauen in Trennungs- und Scheidungszeiten. Dass Trennungen Trauer und Verzweiflung auslösen können, ist verständlich, aber oft kommt dann noch eine weitere Komponente dazu: männliches Besitzdenken! „Die Frau gehört mir! Und wenn ich sie nicht mehr haben kann, soll sie auch kein anderer haben!“ Frauen werden nicht nur in sog. „Sozialen Brennpunkten“ geschlagen, vergewaltigt, beschimpft, gedemütigt und umgebracht.

So fanden auch im Jahr 2018 in Hamburg wieder verschiedene Kundgebungen und Demonstrationen aus diesem Anlass statt. In diesem Jahr ist zu bemerken, dass die jährlichen Aktionen Früchte tragen, denn vermehrt haben die Medien das Thema häusliche Gewalt aufgegriffen und über die veröffentlichten Daten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) berichtet. Auch die Familienministerin Franziska Giffey, die den Bericht vorstellte, versprach mehr Hilfsangebote und die Sanierung von Frauenhäusern.

Es muss mehr Hilfsangebote für Frauen (und Kinder) geben und die vorhandenen bekannt gemacht werden. Dazu gehört auch, dass erheblich mehr Frauenhäuser geschaffen (in Hamburg fehlen 230 geschützte Räume für Frauen) und diese bedarfsgerecht gefördert und personell gut ausgestattet werden müssen. Denn leider mussten hilfeschuchende Frauen (mit ihren Kindern) auch im letzten Jahr aus Platzmangel abgewiesen bzw. auf andere Bundesländer verteilt werden.

Wir dürfen nicht wegsehen! Gute Ansätze gibt es

in einigen Stadtteilen, in denen sich Frauen selbst organisieren, um sich gegenseitig Hilfe und Unterstützung zu geben. Oft muss überhaupt erst ein Weg aus diesem Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnis aufgezeigt und dann herausgefunden werden.

Hier sei noch mal auf das Hilfetelefon hingewiesen:



Es wird an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr, anonym, kostenfrei und in 18 Sprachen angeboten:

Marlit Klaus



Foto: Marlit Klaus

größere Bereitschaft, die Taten anzuzeigen, zurückzuführen ist. Nach Behördenangaben gibt es eine hohe Dunkelziffer. Lange Zeit wurde das Thema „häusliche Gewalt“ eher tabuisiert und aus Scham und Angst schweigen viele Frauen. Es wird vermutet, dass nur etwa 20% der Betroffenen Hilfe in Anspruch nehmen.

Die Bandbreite von Gewalt in der Partnerschaft geht über Beschimpfungen, Demütigungen, Psychoterror, wütendes Schubsen, Ohrfeigen bis hin zu Schlagen mit Gegenständen, Verprügeln und Angriffen mit Waffen. Die Angaben zu sexuellen Übergriffen betreffen erzwungene sexuelle Handlungen bis zu Vergewaltigungen. Die Kriminalstatistik erfasst auch Bedrohungen, Stalking, Freiheitsberaubung und 364 Fälle von Mord und Totschlag (Gewalt mit Todesfolge). 147-mal wurde eine Frau von ihrem Partner oder Expartner ermordet. Das sind keine Einzeltaten, beschönigend wird oft

Eine Studie von 2009 belegt, dass Frauen aus allen Schichten betroffen sind.

Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen

1981 wurde von Menschenrechtsorganisationen und Feministinnen der 25. November als Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen ausgerufen und 1999 offiziell von den Vereinten Nationen aufgegriffen. Neben häuslicher Gewalt geht es aber natürlich auch um Themen wie: Gewalt, sexueller Missbrauch und Vergewaltigung außerhalb des Hauses, Zwangsprostitution, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Sextourismus, vorgeburtliche Geschlechtsselektion und Femizide (Tötung wegen Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht). In den letzten Jahren bemühen sich vermehrt Frauenbewegung, andere politische Gruppen und Teile der Partei DIE LINKE diesen Tag für Aktionen, Proteste und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Landesarbeitsgemeinschaft LAG Feminismus gegründet!

Seit den Bundestagswahlen 2017 hatten Genossinnen des Landesverbandes Hamburg das dringende Bedürfnis sich regelmäßig zu treffen, auszutauschen und gemeinsam frauenpolitisch aktiver zu werden. Im Bundestagswahlkampf stritten wir darum, eine Genossin auf Platz 1 der Landesliste zu wählen, ein Plakat zu einem frauenpolitischen Thema herauszugeben und eine Frauenbroschüre zu erarbeiten. Dazu wählten wir das Frauenplenum, was eigentlich nur dazu gedacht ist, dass sich Frauen vor den Landesparteitagen treffen können, um sich gemeinsam auf diesen vorzubereiten. Auch nach den Bundestagswahlen trafen wir uns monatlich weiter.

Mit dem Gremium „Frauenplenum“ – als regelmäßig tagend – waren wir aber nicht in die

Strukturen der Partei eingebunden und hatten z.B. auch nicht die Rechte eines eigenen Budgets. Schnell waren wir uns einig, dass wir „LAG Feminismus“ und nicht „LAG Frauen“ heißen wollten. Sagt doch „Feminismus“ klarer etwas über die politische Ausrichtung dieser Arbeitsgemeinschaft aus.

Für das „Selbstverständnis“ orientierten wir uns an dem Statement der AG Frauen Altona. Da steht z.B. „Wir kämpfen gegen patriarchale Strukturen, Mackertum und männliche Vorherrschaft – auch innerhalb unserer Partei. Dafür wollen wir auch die Männer sensibilisieren und gewinnen.“ An dem letzten Satz entspann sich eine kontroverse Debatte, weil einige Frauen meinten, dass sie keine Lust hätten, auch noch die Männer zu sensibilisieren, das sollten diese schließlich selber ma-

chen. Die anderen meinten, ihnen ginge es darum, etwas in den Köpfen und „Herzen“ der Männer zu bewegen. Es wäre gut, wenn wir die Unterdrückung von Frauen in allen Facetten deutlich machen könnten. Die Ersteren wiesen darauf hin, dass es ja nicht nur Männer seien, von denen wir uns mehr Aufmerksamkeit für die „Frauenfrage“ wünschten. Es gebe ja auch viele Frauen, die sich bisher wenig mit der Diskriminierung von Frauen auseinandergesetzt hätten. Zum Schluss einigten wir uns darauf, dass wir „alle Geschlechter“ (also: Frauen, Männer und Trans- und Interpersonen) sensibilisieren wollen.

Die LAG Feminismus ist für die Mitarbeit von Männern offen, behält sich aber vor, in bestimmten Situationen, als Ausnahme kurzzeitig nur als Frauengruppe zu tagen.

Selbstverständnis der LAG Feminismus

Feminismus – hier und jetzt

Die LAG Feminismus ist eine Landesarbeitsgemeinschaft der LINKEN, die sich für die Gleichberechtigung aller Geschlechter einsetzt. Willkommen sind bei uns alle, die sich mit unseren Zielen identifizieren können.

Wir kämpfen gegen patriarchale Strukturen, strukturelle Benachteiligung, Sexismus bzw. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Gewalt und Mackertum. Wenn wir von Gewalt sprechen, reden wir nicht ausschließlich von physischer, häuslicher, psychischer und sexueller Gewalt, sondern auch von struktureller Gewalt in der Gesellschaft. Wir kämpfen zur Erreichung unserer Ziele gegen die festgefahrenen Strukturen, sowohl in der Gesellschaft, als auch innerhalb unserer Partei. Wir praktizieren ein wertschätzendes und solidarisches Miteinander und fordern dies auch ein. Des Weiteren treten wir für gezielte Maßnahmen zur Gleichstellung in unserer Partei ein. Wir werden bei jeder Gelegenheit, die sich uns dafür bietet dem „Sexismus die rote Karte zeigen“, um Sexismus für alle sichtbar zu machen und dem ein Ende zu setzen. Wir wollen Menschen Raum geben, sich weiterzubilden, sich mit dem Thema Feminismus auseinanderzusetzen und einzubringen. Wir möchten die Präsenz von Frauen* in der LINKEN erhöhen und ihren Anliegen eine größere Bedeutung verleihen. Wir wollen Frauen* bestärken, in Debatten einzugreifen und Ämter und Mandate zu übernehmen. Wir kämpfen für eine emanzipatorische, demokratische, solidarische und sozialistische Zukunft.

Diese Ziele erreichen wir, indem wir themenbezogene Veranstaltungen wie Seminare und Infoabende organisieren und neue Gleichgesinnte für unsere LAG und neue Genoss*innen für die Partei gewinnen. Die Veranstaltungen beinhalten aktuelle frauenpolitische Themen ebenso wie feministische Theorien und historische Spurensuche. Wir treten dem „Feindbild Feminismus“ und dem wachsenden Antifeminismus durch Informationsveranstaltungen und Aktionen entgegen. Dafür arbeiten wir interdisziplinär. Außerdem ermutigen wir uns zum gemeinsamen Empowerment. Auch werden wir ein Mentoringprogramm einführen, um das politische Engagement von Gleichgesinnten gezielt zu unterstützen. Denn Frauenemanzipation kommt allen zu Gute. Und deshalb wollen wir ALLE für unseren Kampf gewinnen.





Am 19. Februar 1919 eröffnet Marie Juchacz ihre Rede als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung. Foto: AdsD/FES

Den Frauen eine Stimme! – 100 Jahre Frauenwahlrecht

Erst vor 100 Jahren erreichten die Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Bis dahin war es ein langer und steiniger Weg. Patriarchale Machtstrukturen gab es lange vor dem Kapitalismus, entsprechend lang ist auch der Kampf von Frauen für Gleichberechtigung.

Es ist bekannt, dass Olympe de Gouges 1791 während der Französischen Revolution in Paris Forderungen nach politischer Mündigkeit und Gleichberechtigung der Frauen in einer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ formulierte und veröffentlichte. 1793 wurde sie aufgrund ihres Kampfes für Frauenrechte verhaftet und hingerichtet. Im Zuge der Auseinandersetzung für die Abschaffung des Zensuswahlrechtes der Männer (wählen durfte, wer Finanzmittel, Grundbesitz oder Vermögen nachweisen konnte) werden in Deutschland um 1818 die Forderungen für das Frauenwahlrecht drängender.

Frauen gründeten in mehreren Städten demokratische Vereine, politisierten sich und traten für ihre Rechte ein, es entstanden

mehrere Frauenzeitschriften, die die soziale Frage, die Lage der Arbeiterinnen zum Thema hatten und Männerherrschaft und die geringen Rechte der Frauen anprangerten. Bei Kämpfen in den Jahren 1848/49 waren auch zahlreiche Frauen auf den Barrikaden und Arbeiterinnen demonstrierten. Durchsetzen konnte sich in der demokratischen Opposition aber nur: „Ein Mann – eine Stimme“. Die Forderungen der Frauen wurden „vergessen“. So schrieb Luise Otto Peters 1849 über die Nationalversammlung, die eine Verfassung des „Deutschen Volkes“ beriet: „Wo sie das Volk meinen, zählen sie die Frauen nicht mit“, denn mit dem „deutschen Volk“ waren nur die deutschen bürgerlichen Männer über 25 Jahren gemeint. Louise Otto Peters war Mitbegründerin des allgemeinen Deutschen Frauenvereins und setzte sich mit der politischen Stellung der Frau im Staate auseinander.

Als Reaktion auf die 48-Revolution und das Aufbegehren der Frauen trat 1850 das preußische Vereinsgesetz in Kraft. Frauen wurde hierin die Gründung von, die Mitgliedschaft und die Teilnahme an Sitzungen

in Vereinen verboten. Frauen war es auch verboten an politischen Versammlungen teilzunehmen. Zum Teil versuchten Frauen dann Vereine als Wohlfahrtsverbände zu tarnen.

Vielen Männern war die Vorstellung von Frauen an den Urnen und in den Plenarsälen allerdings nicht geheuer. Das schwache Geschlecht „verstünde nichts von Politik und werde schnell hysterisch“, argumentierten sie. Politik galt als unweiblich. „Ich glaube, es sähe traurig aus um unser preußisches Volk, um unseren preußischen Staat, wenn die leichte Erregbarkeit der Frauen in öffentlichen Verhandlungen das Volk bewegen sollte“, sorgt sich der preußische Innenminister Hans von Hammerstein-Loxten. „Die Verheiratete ist eins mit ihrem Manne, beide zusammen haben nach außen nur einen Willen“ argumentiert der Politiker und Historiker Heinrich von Sybel. Die Damen sollten sich doch lieber mit einer Stimme pro Haushalt zufriedengeben, die der Mann abgebe. Am Ende, fürchten viele, seien sich Eheleute noch uneinig.

„Da die Frau von Natur die körperlich Schwächere ist, kann sie niemals mehr Freiheit gewinnen, als ihr die Männer mit den stärkeren Armen zugestehen wollen. Ihre Hoffnung kann nur darin bestehen, die Männer durch Berufung auf ihre Ritterlich-

keit zeitweise ihre Übermacht vergessen zu lassen.“ Der Bohème-Schriftsteller Oskar A. H. Schmitz 1915 über das Wahlrecht (Zitate nach Süddeutsche Zeitung 12.11.2018)

Mit Gründung des Deutschen Reiches 1871 gab es zwar das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime aktive und passive Wahlrecht aber nur für bürgerliche Männer über 25 Jahren. Es galt weiter das männliche Dreiklassenwahlrecht. Von Hedwig Dohm einer bürgerlichen Frauenrechtlerin aus dieser Zeit stammt die Parole: „Menschenrechte haben kein Geschlecht.“

1891 nimmt die SPD die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in ihr Programm auf. Clara Zetkin spricht vor den Delegierten des Parteitages über die proletarische Frauenbewegung. 1907 organisiert sie mit anderen den ersten internationalen sozialistischen Frauenkongress.

1908 fällt das Politikverbot für Frauen. Endlich dürfen sie in politische Vereine und Parteien eintreten und auch politische Vereine gründen. Während des 1. Weltkrieges gab es dann viele Anträge, Erklärungen, Kundgebungen zur Frage des Frauenwahlrechts. Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung schlossen sich

zu gemeinsamen Aktionen – für das Recht der Frau zu wählen und gewählt zu werden – zusammen.

allgemeinen Wahlrechtsreform das Frauenwahlrecht beinhaltet.



Aber erst im Zuge der Novemberrevolution 1918 ist der Druck so groß, dass das Frauenwahlrecht nicht mehr zu ignorieren ist. Am 12. November 1918 stellte der sogenannte Rat der Volksbeauftragten ein Regierungsprogramm vor, das als Teil einer

ändern wäre. Ihre Vorschläge sind u.a., die Listen der Kandidat*innen, abwechseln mit Frauen und Männern zu besetzen, so wie es LINKE und Grüne schon tun.

Marlit Klaus





Foto: Prellbock

Bürgerinitiative Prellbock-Altona – der Bahnhof bleibt wo er ist

Ein „Hurra“ zum Baustopp halt durch den Bahnhof Altona

Hier die aktuellen Informationen zur Bürgerinitiative Prellbock:

Enge Zusammenarbeit mit dem VCD Nord

Zusammen mit dem VCD-Nord (VerkehrsClubDeutschland) haben wir seit dem 20.08.2018 einen unbefristeten Baustopp Diebsteich erreicht. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist über 35 Seiten lang und es werden zahlreiche Punkte angeführt, die zum Baustopp geführt haben. Das Thema Autoreisezüge war für das OVG das I-Tüpfelchen und ein ganz harter Grund, den Baustopp zu erlassen. Unsere Zusammenarbeit mit dem VCD ist ein kleiner Juwel!

Geld-Spenden-Geld

Wir haben viele Spenden bekommen, um mit Rechtsanwalt Rüdiger Nebelsieck den Eilantrag durchzubekommen.

Das Hauptverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht

Wir schätzen, dass das Hauptverfahren im Frühjahr/Sommer 2019 startet und es länger dauern wird, als öffentlich in der

Presse behandelt wird. Viele Punkte sind im Hauptverfahren zu klären. Das Thema Autoreisezüge und die fehlende Verlade-stelle ist eines von vielen Themen.

Prellbock und VCD - aktiver denn je

Nachdem wir alle zusammen mit einem Pappbecher Sekt den Eilantrag-Sieg gewürdigt haben, ging es aber im Spätsommer gleich ganz aktiv weiter.

Freitags gehört der Altonaer Bahnhof zu Prellbock

Wir stehen fast jeden Freitagnachmittag am und im Bahnhof Altona, um auf aktuelle Themen zum Bahnhof aufmerksam zu machen. Und das ist mehr als wichtig: Wir sind am und in unserem Bahnhof präsent und aktiv und geschätzt.

Präsent im Internet, auf Facebook und Twitter

Wir nehmen mit gemeinsamen Presseerklärungen und mit Prellbock-Flugblättern zu allen aktuellen Themen Stellung und bringen uns vor allem in alle Fragen des Bahnverkehrs in Hamburg ein.

- Das Drama am Hauptbahnhof und wie wichtig der jetzige Bahnhof Altona ist, um den Hauptbahnhof zu entlasten.
- Die 41 Bäume, die am und um den Diebsteich herum gefällt werden sollen. Alle reden von Klimawandel, wir wollen die Bäume erhalten.
- Der denkmalgeschützte Diebsteich-Friedhof
- Das Thema Autoreisezüge und Nachtzüge
- Wir wollen mehr davon, vor allem mehr Nachtzüge durch Europa
- Das Drama oder die Tragödie „Westerland-Bahnstrecke“
- Das Thema Bahnhof Altona und trotzdem am Bahnhof neue Wohnungen bauen
- Die Harkortstraße und das Thema Tempo 30 km/h
- Und aktuell die angekündigte Sperrung des Bahnverkehrs zwischen Weihnachten und Neujahr „Kein Zug bis Altona, kein Zug aus Altona heraus“
- Falls Diebsteich gebaut werden sollte, wird dann 6 Jahre lang jedes Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr der Zugverkehr nach und von Altona eingestellt.

Wir suchen eine Lösung im politischen Dialog mit Bahn und Politik

Wir wollen vor allem mit der Deutschen Bahn und dem Hamburger Senat und der Hamburger Bürgerschaft einen bahn-politischen Dialog. Das Problem dabei: Deutsche Bahn und Hamburger Senat und SPD/CDU/Grüne/FDP mauern massiv. Von Prellbock am liebsten: „Nichts Hören, Nichts Sehen, Nichts Sagen“

Allein die Linksfraktion der Bürgerschaft und die Linksfraktion der Altonaer Bezirksversammlung stellen sich der Diskussion und generieren interessante Statements und Senatsanfragen. Die Linke Hamburg will den Bahnhof Altona erhalten.

Unsere ewige Frage nach Baukosten und Infrastrukturkosten

Über Kosten und über Geld wollen Deutsche Bahn und Senat am liebsten ganz und gar nicht reden. Wir sagen weiterhin, dass Diebsteich insgesamt 1 Milliarde € kosten wird und eine Modernisierung des jetzigen Bahnhofs Altona vielleicht 300 Millionen €. Dabei ist diese Frage für viele BürgerInnen sehr wichtig! Also vor allem, was kann eine Modernisierung des jetzigen Bahnhofs Altona, an Geld sparen.

Prellbock – Ideenwerkstatt am 06.10.2018

Prellbock hat am 06.10.2018 mit 10 Aktiven den gesamten Bahnhof und seine Umgebung „inspiziert“ um alle Ideen und Zukunftsfragen des Bahnhofs aufzunehmen, aufzuschreiben, zu fotografieren. Wie kann dieser Bahnhof modernisiert werden,

um die Zukunft des Bahnverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs gerecht zu werden. Daraus wird „Prellbock-Ideen für die Zukunft des integrierten „Fern-Regional-S-Bahn-Bus-Taxi-Fahrrad“ Mittelpunkt des Bezirks Altona“. Demnächst mehr.

Prellbock bleibt weiterhin eine aktive und sehr unabhängige Bürgerinitiative.

Unser Selbstverständnis ist: „Wir lieben Bahn und den Altona Bahnhof“ Er ist für Altona ein wuchtiges und wichtiges Zentrum. Mehr und alles Interessante auf www.prellbock-altona.de

Prellbock trifft sich **jeden 4. Mittwoch** zum öffentlichen Jour-Fixe um 18.30 Uhr. Meistens in der Werkstatt 3 – Seminarraum.

Wer regelmäßig Informationen und News bekommen möchte, schreibe gerne an info@prellbock-altona.de

Und am Donnerstag, den 07.02.2019 19 Uhr präsentieren wir uns öffentlich im Altonaer Museum mit einer Veranstaltung innerhalb der Sonder-Ausstellung **>>Zur Vereinbarkeit von Mobilität und „Schöner wohnen in Altona“<<**

Andreas Müller-Goldenstedt
amuego@gmx.net



Mal-Arbeiten am Prellbock. Foto: Prellbock

Kommt der neue Fernbahnhof Diebsteich?

Unter diesem Titel fand am 6. September eine gut besuchte Veranstaltung mit Andreas Müller-Goldenstedt von der Bürgerinitiative „Prellbock“ im ASB-Seniorentreff in Altona-Nord statt.

Die Bürgerinitiative Prellbock wurde im März 2015 gegründet und setzt sich dafür ein, dass der Altonaer Bahnhof da bleibt, wo er ist und nicht zum Diebsteich verlegt wird. Ihre Aktionen werden durchgehend wohlwollend wahrgenommen: Wenn Mitglieder am Altonaer Bahnhof Flugblätter und verteilen - meist am Freitag-nachmittag - kommt häufig die Reaktion: „Ach, Prellbock, na was habt ihr denn Neues“, oder „gut dass es Euch gibt, ich bin auch dagegen“.

Andreas Müller-Goldenstedt stellte die Argumente gegen die Bahnstiftungsverlegung vor und wies darauf hin, dass sie bisher in keinem Fall widerlegt wurden. Der Hamburger Senat und Deutsche Bahn AG hatten anfangs gedacht, sie könnten die Bürgerinitiative als eine Versammlung „spinnerter Eisenbahn-

rentner“ abtun. Das Lachen verging ihnen, als das Obergericht Hamburg zu dem Schluss kam, die bisherige Planung des stadtbekannten Immobilienentwicklers Procom - verhandelt mit der Hamburger Sparkasse - und der DB AG leide unter erheblichen rechtlichen Mängeln und sei „voraussichtlich

dahin sind noch viele Akten zu lesen. Dabei ist man immer wieder erstaunt, wie schamlos da geplant wurde: So fehlen in der Kapazitätsberechnung für den neuen Bahnhof für das Jahr 2030 ca. 30% aller Nahverkehrszüge. Und die Präsidentin der Genehmigungsbehörde behauptet, den Bundesverkehrswegeplan 2030 nicht zu kennen, der aber schon 2016 veröffentlicht wurde. Diese Aussage musste sie mittlerweile vor Gericht zurückziehen.

In den letzten Wochen versuchte die DB AG, trotz Baustopp, gewisse Bauarbeiten am Diebsteich durchzuführen; eine Anfrage von Prellbock bei deren Anwälten bewirkte, dass diese Arbeiten wieder eingestellt wurden...

Die Initiative freut sich über weitere MitarbeiterInnen und Spenden, aktuelle Informationen findet man unter <http://prellbock-altona.de/>

Werner Haertel



Foto: Angelika Ritschel



Foto: Birger Gente

Hamburgs Krankenhäuser – sichere Orte?

Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus will dafür sorgen. Doch der Senat klagt gegen den Volksentscheid für bedarfsgerechte Pflege.

Wer ins Krankenhaus muss, möchte sich dort sicher und gut versorgt fühlen. Dafür zahlen wir in Hamburg Steuern und Versicherungsbeiträge. Doch es herrscht Pflegenotstand, auch an den Hamburger Krankenhäusern. Überlastete Pflegekräfte hetzen von einem Zimmer ins nächste und unter höchstem Zeitdruck schuftende Reinigungskräfte kämpfen um rudimentäre Hygiene. Und die PatientInnen?

verabschiedet wurde. Die sehr grundsätzliche Kritik von Sozial- und Berufsverbänden, Gewerkschaften und aus der Wissenschaft wurde dabei ignoriert. Das Gesetz sei demnach eine Scheinlösung und die Personal-Untergrenzen sogar gefährlich: Untergrenzen bestimmen, dass nur in den allerschlimmsten Fällen - den schlechtesten 25% - mehr Personal eingesetzt werden muss. Der als Koryphäe geltende Hannoveraner Pflegewissenschaftler Prof. Dr. Michael Simon ist sicher, dass die oberen 75% sich nach unten anpassen, also Personal sogar abbauen werden. Erste Geschäftsleitungen haben genau dies auch schon signalisiert,

bleiben überlastet und die PatientInnen gefährdet. Übernahme politischer Verantwortung sieht anders aus.

Denn die Spahnsche Mindestpflege ist nicht genug. Die Menschen in dieser Stadt verdienen eine erstklassige Versorgung und der Volksentscheid gegen Pflegenotstand kann dafür sorgen. Diese große Chance darf sich Hamburg nicht entgehen lassen.

PatientInnen und Pflegekräfte müssen also weiter auf entschlossenes Handeln der Politik drängen. Sie haben das Bündnis gegründet um genau das zu tun. Pflegekräfte,



Foto: Meike Saerbeck

Unterversorgt, vernachlässigt, gefährdet. Tatsächlich stehen der Zahl der PatientInnen in Deutschlands Krankenhäusern europaweit die wenigsten Pflegekräfte gegenüber.

Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat deshalb im März den „Volksentscheid gegen Pflegenotstand im Krankenhaus“ ins Leben gerufen. Inhalt ist eine gesetzliche Regelung, die sicherstellt, dass in den Hamburger Krankenhäusern endlich so gepflegt und gereinigt wird, wie es die Menschen brauchen und verdienen. Fast 30000 Hamburgerinnen und Hamburger haben dafür unterschrieben - innerhalb von nur drei Wochen. Ein Rekord. Und nicht nur in Hamburg kommt Bewegung auf. In vielen Bundesländern haben sich Bündnisse gegen den Pflegenotstand gegründet. Auch in Berlin, Bremen und sogar in Bayern laufen erfolgversprechende Volksentscheide. Zudem gibt es erfolgreiche Streiks für mehr Personal, wie z.B. in NRW oder im Saarland.

Getrieben von dieser bundesweiten Bewegung legte Gesundheitsminister Jens Spahn hektisch einen ungenügenden Gesetzentwurf vor, der im November vom Bundestag

wie dem Hamburger Bündnis auf dem Stuttgarter Kongress „Krankenhaus statt Fabrik“ berichtet wurde.

Jens Spahns Personaluntergrenzen orientieren sich also nicht am Pflegebedarf, sondern am katastrophalen Ist-Zustand. Warum wird nicht der tatsächliche Bedarf der Menschen ermittelt und daran das Personal bemessen, wie es die Gesetzesvorlage des Hamburger Bündnisses vorsieht? Nachdem der Bundestag die Finanzierung aller zusätzlichen Pflegestellen beschlossen hat, wäre der Weg dafür frei.

Doch der Hamburger Senat will von einer Personalbemessung am Bedarf der PatientInnen nichts wissen. Er steht voll hinter Jens Spahns Mindestpflege. Mehr noch, der Volksentscheid gegen den Pflegenotstand wird entschlossen bekämpft. Rotgrün hat im November den Dialog mit dem Bündnis abgebrochen und eine Verfassungsklage gegen den Volksentscheid erhoben. Die Klage ist sehr dünn begründet und hat kaum Aussicht auf Erfolg. Die Koalition will damit nur Zeit gewinnen und das Thema aus dem beginnenden Wahlkampf heraushalten. Sie verlängert damit den Pflegenotstand. Die Beschäftigten

Ärzte, Hebammen und viele andere engagieren sich neben ihrem Beruf ehrenamtlich für eine gute und bedarfsgerechte Versorgung an den Hamburger Krankenhäusern. Und ihre Erfolge sprechen auch bundesweit eine deutliche Sprache: Der Pflegenotstand muss nicht nur beendet werden - er kann auch beendet werden. Eine Politik, die hier nur Kosmetik betreibt, nehmen die Menschen nicht länger hin.

Florian Stender

Florian Stender ist Krankenkassenmitarbeiter und ehrenamtlich für das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus aktiv. Das Bündnis erhält keine öffentlichen Gelder und ist - gerade durch die Prozesskosten - vollständig auf Spenden angewiesen. Zahlungsempfänger: Gemeingut in BürgerInnenhand e.V. Verwendungszweck unbedingt angeben: Hamburg / Mehr Personal im Krankenhaus IBAN: DE 2043 0609 6711 2422 9100 BIC: GENODEM 1 GLS Spendenquittung ab 10€ möglich. Weitere Informationen: www.pflegenotstand-hamburg.de

Impressionen einer Delegationsreise nach Rojava Anfang Juni 2018

Als ein elfköpfiges Team von LinkspolitikerInnen und FilmemacherInnen/FernsehjournalistInnen fliegen wir mit zwei DolmetscherInnen nach Erbil, der Hauptstadt der kurdischen Autonomieregierung in Nordirak.



Foto: Jan van Aken

Wir fahren von Erbil aus mit zwei Autos zu dem einzigen offiziellen Grenzübergang zwischen der Kurdischen Autonomie Regierung (Barsani) und Rojava am Harbur-Fluss. Da bei uns die Bundestagsabgeordnete Zaklin Nastic mitreiste, die zuvor über den Deutschen Bundestag eine Einreiseerlaubnis für sich und ihre Begleitung bekommen hatte, durften wir nach allerlei Stempelformalitäten den Fluss in einem kleinen Motorboot passieren.

Auf der anderen Seite war Rojava, wo ich noch nie zuvor gewesen war, gleichwohl ich dreißig Jahre lang verschiedenste Gebiete Kurdistans regelmäßig besucht hatte. Mein erster Eindruck war, dass ich in der Passstelle über dem Schreibtisch der Zuständigen ein großes Portrait Abdullah Öcalans als „Staatschef“ sah. Das war für mich hammerhart. Hatte ich doch 1991 „Apo“ im Libanon persönlich kennengelernt und mit höchstem Respekt verfolgt, wie er mit seinen Analysen und der Kraft seiner unter den KurdInnen überall anerkannten Führungspersönlichkeit richtungsweisend bewirkt hatte, dass sich die PKK von einer marxistisch-leninistischen zu einer marxistisch-anarchistischen Bewegung entwickelte. In der Analyse des Kapitalismus und dessen zwangsläufiger Konsequenz von Krieg und Ausplünderung marxistisch, in der Frage des Aufbaus ei-

ner neuen Gesellschaftsform, sowohl in demokratischer als auch ökonomischer Hinsicht eher anarchistisch, geleitet von dem Gedanken der Kooperativen, der Gleichberechtigung der Geschlechter und Ethnien sowie des Konföderalismus.

saß – Apo hat es bis jetzt erst auf 19 Jahre gebracht – und wünschte mir, dass ihm vielleicht doch noch vor seinem Tod oder seiner Ermordung die gleiche genauso verdiente Ehre und Funktion wie Mandela zu Lebzeiten zukommen möge.

Empfangen bzw. begrüßt wurden wir von einem Komitee, das extra für uns gekommen war. Nach einigen gegenseitigen Ansprachen wurden wir auf einige Autos verteilt, die von einer schwerbewaffneten Eskorte begleitet wurden.

Wir fuhren zwei oder drei Stunden durch eine bergige Region, die vor allem von Pferdekoppumpen geprägt war, wie ich sie auch aus Niedersachsen oder der Gegend um Batman, der Erdölmetro-pole der Türkei in der nach Diyarbakir und Wan wohl größten kurdischen Stadt in der Türkei kenne. Diese Pumpstationen, hatte man mir dort erklärt, förderten kein Erdöl, sondern pumpten Luft in die unterir-

dischen Ölfelder, um mittels des dadurch entstehenden Drucks das Öl andernorts zum Herausprudeln zu bringen und damit das Abzapfen zu ermöglichen. Unser Fahrer berichtete, dass die einst staatlich vom (Assad-)Regime kontrollierte Erdölproduktion in Rojava zunächst in die Hände des IS gefallen war und dann von den KurdInnen übernommen wurde. Sie hätten sogar zumindest eine Raffinerie unter ihrer Kontrolle. Das so gewonnene Benzin bzw. den Diesel verkauften sie neben dem Eigenverbrauch nunmehr an das Regime (womit Assad bezeichnet wird), während Rohöl an die Kurdische Autonomie Region (Barsani) geliefert würde, nachdem dieser die Ölquellen bei Kirkuk und Mossul an den irakischen Zentralstaat hatte abgeben müssen. Diese Angaben wurden uns später mehrfach bestätigt.

Dann kamen wir nach Quamislo, einer seit der kolonialen Aufteilung der Region nach dem 1. Weltkrieg zwischen der Türkei und Syrien geteilten kurdischen Großstadt. In dem türkischen Teil (Nusaybin) war ich mit Menschenrechts- oder Wahlbeobachtungs-Delegationen schon oft gewesen. Zuletzt 2015, kurz bevor die Stadt von der türkischen Armee weitgehend zerstört wurde, nachdem sich die Menschen samt ihrer Verwaltung von der Türkei losgesagt hatten. Nun sahen wir diesmal in der umgekehrten Richtung von



Foto: Jan van Aken

Qamislo nach Nusaybin hinüber, über die in den vergangenen zwei Jahren von der Türkei errichtete 900 km lange von Stacheldraht bekränzte Betonmauer, die der einstigen Grenzbefestigung der DDR um nichts nachstand.

Im Stadtrat von Qamislo wurden wir wie eine Staatsdelegation von den stets weiblich/männlich Co-Vorsitzenden der politischen und der Verwaltungsebene empfangen. Natürlich kreisten die Gespräche neben den üblichen Höflichkeiten immer wieder um die Frage, wie es denn möglich sein könne, dass Deutschland und Russland der Türkei den Einmarsch ihrer Truppen und Milizen in Afrin und seine Bombardierung durch NATO-Kampffjets gestattet und die Amerikaner dabei zugesehen hätten. Diese Fragestellung ergab sich bei allen weiteren Gesprächen, und außer unserer Antwort, dass wir beschämt seien und natürlich weiter dagegen publizistisch und im Bundestag angehen würden, konnten wir nicht viel Mutmachendes erwidern.

Nach der herzlichen Verabschiedung fuhren wir über Amoude – einer Kleinstadt von gut zehntausend EinwohnerInnen, in der die Gesamt-Rätevertretung (Parlament) von Rojava tagt – nach Kobani, jener legendären Stadt, in der nach einem mehrmonatigen Widerstand im Februar 2015 der Siegeszug des IS erstmals durchbrochen wurde. Bei den Auseinandersetzungen waren 70% der Hunderttausend-EinwohnerInnen-Stadt zerstört worden. 48 Selbstmordattentäter – vorwiegend junge Männer aus Frankreich und Deutschland – hatten sich dort in die Luft gesprengt. Die Amerikaner hatten die durch die Wüste wie auf dem



Foto: Robert Jarowoy

Präsentierteller heranrückenden Wagen-Kolonnen des IS erst angegriffen, nachdem sie das Stadtzentrum erreicht hatten. Die Folge waren enorme Verluste unter der Zivilbevölkerung, den verteidigenden KämpferInnen der YPG/YPJ – mindestens

2000 von ihnen sind als MärtyrerInnen gefallen – und Zerstörungen der Stadt, von der seither 40-60.000 Wohnungen wieder aufgebaut wurden. Als jemand, der seit vielen Jahren in Altona mit Stadtplanung



Foto: Jan van Aken

befasst ist, war ich von dieser Aufbauleistung genauso tief beeindruckt wie von der stadtplanerischen Gestaltung. In einem Zementwerk, das noch aus der Zeit des Regimes stammt, wurden seit der Befreiung der Stadt vom IS Megatonnen Bauschutt zermahlen und zu Zement verarbeitet, und das in einem Rund-um-die-Uhr-Betrieb. Stadtplanerisch sagten mir die Mitglieder der Baukommission (natürlich paritätisch weiblich / männlich besetzt), dass sie zwar neben kommunalen auch mit privaten Baufirmen zusammenarbeiten würden, aber grundsätzlich keine Genehmigungen für

mehr als dreigeschossige Bauvorhaben mit einem Staffel-/Dachgeschoss erteilen würden und der Zuschnitt der Wohnungen familiengerecht von den dafür zuständigen Komitees festgelegt wurde. Auch die Höhe der Mieten wird in diesen Räten festgelegt,

wobei bedürftige Familien, deren Hauptversorger gefallen sind, wenig oder gar nichts bezahlen müssen.

Am nächsten Tag fuhren wir weiter nach Minbij, einer Stadt mit fast hunderttausend EinwohnerInnen. Dort besuchten wir auch ein Ausbildungs-Camp der YPJ, der Frauen-Guerilla. Frauen sind in Rojava im Gegensatz zu Männern nicht wehrpflichtig. Allerdings beteiligen sich ca. 30% der jungen Frauen freiwillig am Militärdienst und sind mit Feuereifer dabei, für die erworbenen Rechte als Frauen notfalls auch in den Tod zu gehen. Die jungen Frauen in Uniformen, die z.T. aber auch neben ihrer militärischen Ausbildung mit Lippenstiften „geübt“ hatten, kicherten über mich als einen Weihnachtsmann und wollten gerne mit mir fotografiert werden – vermutlich, um die Fotos ihren Eltern zur Beruhigung zu senden.

Als abschließenden Teil meines Berichtes möchte ich noch das Frauen-Dorf erwähnen.. Frauen hatten unter dem Koordinationsrat des Frauenkomitees und mit Hilfe von

kurdischen Männern und InternationalistInnen eine Viertelmillion Lehmziegel aus dem dortigen Boden gestochen, geformt, in der Sonne trocknen lassen und verarbeitet und damit 30 Häuser errichtet, die ausschließlich für Frauen mit oder ohne Kinder vorgesehen sind. Brunnen bis in 200 m Tiefe wurden gebohrt, um die vielfältige Landwirtschaft mit Aprikosen-, Granatapfel- und Olivenbäumen voranzubringen; es gibt Aprikosen-, Granatapfel- und Olivenbäume sowie Gemüsebeete, eine Schaf-/Ziegenzucht mit angedockter Käseproduktion wird aufgebaut. Geplant sind in diesem Dorf ein Gesundheitszentrum, eine Bäckerei und Werkstätten aller Art. Männer dürfen sich jederzeit am Aufbau dieser Strukturen beteiligen, haben aber nicht wirklich etwas zu sagen, was von einem Teil der kurdischen Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern wie auch von mir etwas kritisch gesehen, aber irgendwie doch als etwas tolles Neues empfunden wird. Denn hier werden Frauen leben, die u.a. häusliche oder strukturelle Gewalt bzw. Gewalt durch den „IS“ erlebt haben, teilweise schwerst traumatisiert sind und sich im Moment nur inmitten von Frauen sicher und behaglich fühlen. Somit ist diese Unterstützung von kurdischen Männern als uneigennütziges Solidarität zu sehen.

Robert Jarowoy



Foto: Bianca Theis



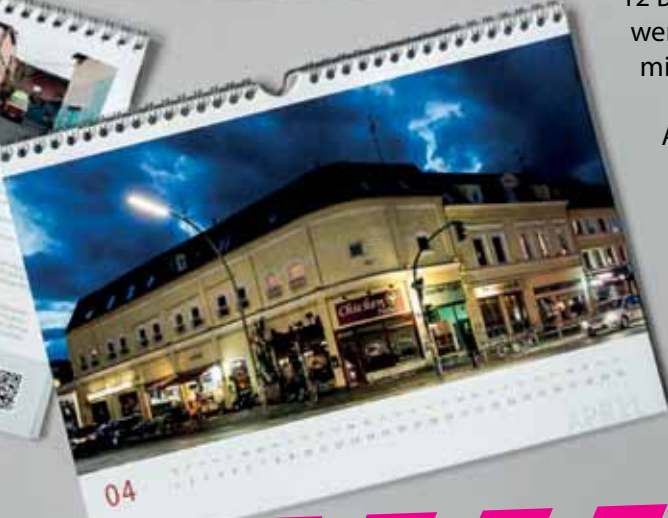
ER IST DA!

Der Wandkalender 2019 vom Altonaer Manifest.

12 Brennpunkte und Initiativen werden im Kalender vorgestellt, mit Text und Kontaktdaten.

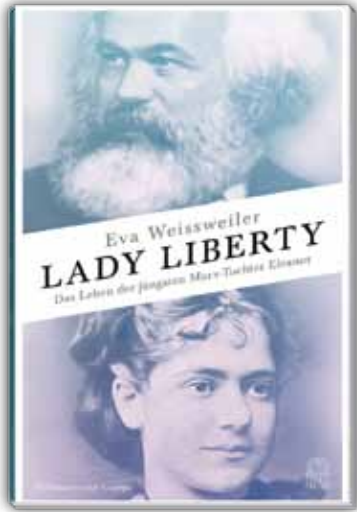
A4, 13 Blätter, beidseitig bedruckt. Spende 10 €,

Buchladen 213, Große Bergstraße 213



Bücherkiste Links

Das Schicksal einer Frau



Eleanor Marx (1855-1898) war die jüngste Tochter von Jenny und Karl Marx. Geboren zu den besseren Zeiten der Flüchtlingsfamilie Marx in London, nach den unfassbar harten Zeiten zu Beginn. Von allen geliebt, den älteren Schwestern Jenny und Laura, von der Mutter und vom Vater, liebte sie selbst und zeitlebens ihren Mohr (Kosenamen von Marx) abgöttisch. Sie starb erst 43 Jahr alt mutterseelenallein durch Suizid.

„Die Chancen für Mädchen stehen um diese Zeit denkbar schlecht, ob in England oder in Deutschland. Sie dürfen weder Ärzte noch Rechtsanwälte noch Politiker werden. Der Zutritt zu Universitäten ist ihnen versagt. Töchter der unteren Klassen können wenigstens noch in Fabriken arbeiten. Für eine junge Frau der Gesellschaft ist das unmöglich. Für sie gibt es eigentlich nur zwei Perspektiven: die Ehe oder die Arbeit als Gouvernante“.

Marx schreibt über das Kind an Engels, sie sei ein merkwürdiger Witzbold, der von sich selbst behauptet, „two brains“ zu haben, um ihr deutsches Gehirn von ihrem englischen zu unterscheiden. Sie wird von den Nachbarn nicht als Emigrantin, als Preußin wahrgenommen, sondern als geborene Engländerin. Niemand in der Nachbarschaft spricht von den „Marxens“, sondern von den „Tussys“, wenn sie die Familie Marx meinen. Tussy ist ihr Spitzname, den sie sich selbst gab. Er hat nichts mit der heute damit verbundenen Frauenfeindlichkeit zu tun. Marx erfindet für sie nie endende Geschichten über den Zauberer Hans Röckle. Dieser hatte einen Laden mit

den merkwürdigsten Dingen. Leider war er stets in Geldnöten. Da war es gut, wenn die verkauften Dinge nach einer Zeit immer wieder in den Laden zurückkehrten.

1881 stirbt ihre Mutter Jenny im Alter von 67 Jahren an Krebs, nur 14 Monate später ihre 10 Jahre ältere bei Paris lebende Schwester Jenny Longuet an Blasenkrebs. Der Vater stirbt nur drei Monate später im gleichen Jahr, Wochen vor seinem 65. Geburtstag. Eleanor führt seit Jahren seine Korrespondenz, hat quasi die Rolle der Mutter als Sekretärin übernommen, macht Reisen mit dem Vater, u.a. nach Karlsbad. Die junge Frau pflegt ihn, wie zuvor die Mutter, und nimmt dem Mann ihrer verstorbenen Schwester in dieser Zeit einen Sohn ab.

Kurz nach des Vaters Tod lernt sie den Sozialisten Edward Aveling kennen, einen promovierten Biologen und Zoologen, den viele Zeitzeugen als dubiosen Charakter bezeichnen. Die Männer mögen ihn nicht. Frauen zieht er an. Als Ernest Radford, ein Freund von Eleanor, bemerkt, dass sich Aveling bei Marx Beerdigung um Eleanor bemüht, fasst er seine Vorahnungen in einem Gedicht zusammen: „Er wisperte Liebe, für immer! Und ich, dessen Schmerz niemals endet, sah sie dort stehen in ihrem schönen Kleid, und ich wusste, dass ihre Liebe ewig dauern würde und seine falsche nicht länger als einen Tag.“

Und so kam es auch. Aveling hat sie immer wieder betrogen. Eleanor war sicher ebenso von der bürgerlichen Ehe und lebenslanger Liebe zueinander ihrer Eltern beeinflusst wie von den nicht weniger ernsthaften, aber unkonventionellen Beziehungen von Friedrich Engels zu den proletarischen irischen Burns-Schwestern, zu denen sie engen Kontakt hatte. Dass sie Aveling ertrug und bis zum Ende liebte, dazu gehörte sicher auch das Selbstbild einer modernen emanzipierten Frau.

Eleanor wurde einer der bedeutendsten Sozialistinnen in Europa, die in ihrer Heimat England, aber auch für die deutsche Sozialdemokratie, ihre ganze Kraft tagtäglich in den Kampf für ein besseres Leben der Menschen aus der Arbeiterinnenklasse legte. Die ihren Fähigkeiten, Talenten und Tätigkeiten als Politikerin, Journalistin, Autorin angemessene Anerkennung, die ihr als Mann, natürlich auch materiell, selbstverständlich zu Teil geworden wäre, flossen ihr als Frau nur tröpfelnd bis widerwillig zu. Das hat sie sehr belastet.

Mit Sicherheit ebenso die Intrige, die August Bebel und Victor Adler spinnen, um an den Marx- Töchtern vorbei an die Manuskripte von Marx zu kommen. Zu diesem Zweck schleusen sie Louise Kautsky, die erste Ehefrau Kautskys, in den Haushalt Engels ein.

Kurz vor ihrem Tod heiratet Aveling eine jüngere Geliebte. Angeblich wurde er von den Angehörigen dazu gezwungen. Eleanor Marx, die Flauberts „Madame Bovary“ ins Englische übersetzte, tötet sich am 31. März 1898 wie die Romanfigur mit Blausäure. Sie ist 43 Jahre alt.

Dies und mehr erfährt man spannend erzählt in der Biographie von Eva Weissweiler. Manches, was die Autorin schreibt ist spekulativ, und von ihrer Meinung beeinflusst. Die Leserin muss selber einordnen, ob sie das teilt oder nicht. Ich meinerseits spekuliere, wenn Engels, der knapp drei Jahre zuvor starb, noch gelebt hätte, hätte sie sich nicht getötet. Das hätte sie ihm nicht antun wollen. Denn sie wusste, das hätte Engels sich nie verziehen. Er hatte seinem lebenslangen Freund versprochen, für dessen Töchter zu sorgen, und das tat er auch. Er hat Eleanor geliebt als wäre sie sein eigenes Kind, und sie hat das erwidert. „Lady Liberty“ nannten sie übrigens die amerikanischen Sozialisten auf ihren beiden Reisen in die USA. Auf der ersten Reise begleitete sie Wilhelm Liebknecht, auf der zweiten Friedrich Engels.

vorgestellt von Heinz-Dieter Lechte

Eva Weissweiler
LADY LIBERTY
Das Leben der jüngsten Marx-Tochter Eleanor
Hoffmann und Campe, € 26,-



Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Neuer Termin: Jeden vierten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend – Fachforum der Linken

Jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Kommunistische Plattform Clara Zetkin

Jeden vierten Montag im Monat um 19:00 Uhr
im Parteibüro am Felde 2, 22765 Altona
Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
mail@uliludwig.de

AG Frauen der LINKEN Altona

jeden 2. Donnerstag im Monat 18.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
jeden vierten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im AWO-Treff Karl-Wolf-Str. 19/Ecke Chemnitzstraße, 22767 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im AWO Seniorentreff, Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte

nächstes Treffen bitte erfragen
alina@die-linke-altona.de

Stadtteilgruppe Flottbek

Hasan Burgucuoglu, Telefon 0176-49380450 oder
Nico Scharfe, Telefon 0176-49151942
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),
Böverstand 38, 22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 – 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

V.i.S.d.P Metin Kaya, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die AutorInnen verantwortlich
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona
Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang
gedruckt auf Recycling-Papier weiß (Blauer Engel/FSC)

Titelfoto: Reinhard Schwandt, ver.di-Arbeitskreis Frieden

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Die Redaktion zu dieser Ausgabe

Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte,
Volker Vödisch
Layout: Birger Gente
Korrekturgelesen durch: Werner Haertel

In eigener Sache:

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wir sind dankbar für Rückmeldungen zur ALiNa. Über Kritik, Anregung, Verbesserungsvorschläge sowohl zum Inhalt als auch zur Gestaltung würden wir uns freuen. Was gefällt Euch bzw. Ihnen, was wird vermisst, was sollten wir anders machen. Auch neue aktive Mitarbeiter*innen in der Redaktion und für die Gestaltung sind herzlich willkommen.

Wir sind unter der Email-Adresse: alina@die-linke-altona.de erreichbar.